

|                           |   |                          |     |
|---------------------------|---|--------------------------|-----|
| <b>Protokoll:</b>         | <b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>   | <b>Niederschrift Nr.</b> | 372 |
|                           |   | <b>TOP:</b>              | 1   |
| <b>Verhandlung</b>        |   | <b>Drucksache:</b>       |     |
|                           |   | <b>GZ:</b>               |     |
| <b>Sitzungstermin:</b>    | 25.07.2017  |                          |     |
| <b>Sitzungsart:</b>       | öffentlich  |                          |     |
| <b>Vorsitz:</b>           | BM Pätzold  |                          |     |
| <b>Berichterstattung:</b> | der Vorsitzende   |                          |     |
| <b>Protokollführung:</b>  | Frau Sabbagh / pö   |                          |     |
| <b>Betreff:</b>           | <b>Antrag Nr. 205/2017 "Eine lebenswerte Stadt für alle!" v. 06.07.2017 (90/GRÜNE, SPD, SÖS-LINKE-PluS, STd) - mündlicher Bericht -</b> |                          |     |

Der im Betreff genannte Antrag und die Stellungnahme des Oberbürgermeisters sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zunächst erläutert BM Pätzold kurz die Stellungnahme der Verwaltung.

Anschließend begründen die StRe Winter (90/GRÜNE), Pfeifer (SPD), Ozasek (SÖS-LINKE-PluS) und Dr. Schertlen (STd) den gemeinsamen Antrag.

In Bezug auf den Betreff des Antrags merkt StR Kotz (CDU) an, es gebe auch Leute, die anderer Meinung seien. Der Antrag, bei dem man die Stadtgesellschaft mitnehmen wolle, komme zum falschen Zeitpunkt bzw. zu früh, da Rahmenbedingungen, wie z. B. Fahrmöglichkeiten, noch nicht geklärt seien. Das Vorgehen sei dem Thema nicht angemessen. Bevor man einen Zielbeschluss fasse und die Verwaltung schon konkrete Maßnahmen plane, sollte man das Thema z. B. in einer Anhörung mit Vertretern aller Betroffenen diskutieren. Er regt an, den Antrag zur Kenntnis zu nehmen, Anhörungen durchzuführen, Argumente zu sammeln etc. Im Hinblick auf das Bürgerbegehren seien die Differenzen deutlich erkennbar. Einen Vorschlag zu Veränderungen oder Reduzierungen von Parkierungsflächen hätte er nachvollziehen können, wenn dafür im Gegenzug z. B. das Breuninger-Parkhaus um zwei Stockwerke aufgestockt würde. Doch scheine man hier zu beabsichtigen, die Anzahl der Stellplätze nicht nur um 150, sondern ganz entscheidend zu reduzieren. Eine Einengung der Sicht auf schwarz oder

weiß halte er für falsch, und für unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche müsse es auch unterschiedliche Parkangebote geben. Dem Handel sollte man zugestehen, dass er durchaus einschätzen könne, was ihm nutze und was ihm schade. Und er halte es für anmaßend, wenn vom Oberbürgermeister bis zu einigen Gemeinderatsfraktionen die Meinung herrsche, dies besser zu wissen. Er appelliert an sie, wenigstens um der Sache willen nun den Prozess der Diskussion zu starten und danach einen Grundsatzbeschluss zu fassen.

StR Zeeb (FW) erklärt, seiner Fraktion sei Stuttgart zurzeit autofrei genug. Sie wollten eine lebende Stadt, und dazu gehöre ein gewisses Maß an Verkehr, egal welcher Art. Der Handel in der Stadt, der ja maßgeblich zu ihrer Attraktivität beitrage, habe ohnehin schon gegen den Internethandel und die Einkaufszentren im Umkreis zu kämpfen. Der Antrag stelle einen Affront gegen alteingesessene Betriebe dar. Darüber hinaus störe ihn auch, dass OB Kuhn mehr oder weniger bereits eine Kostenzusage zu den angeordneten Maßnahmen gegeben habe. Und dies vor den Haushaltsplanberatungen, in denen über deutlich geringere Beträge diskutiert werde. Vom Flanieren allein könne keine Großstadt leben. Seine Fraktion lehne diesen ideologisch geprägten Antrag ab.

Die Argumente der Antragsteller ließen sich auch mit dem Gegenteil begründen, so StR Brett (AfD). Wenn es nicht viel sei, wenn 150 Parkplätze wegfielen, dann sei es auch nicht viel, wenn 150 Parkplätze zusätzlich geschaffen würden. Stuttgart sei die Stauhauptstadt, der Verkehr nehme zu, aber die Verkehrsfläche für Autos und den ruhenden Verkehr nehme ab. Stuttgart werde eine europäische Großstadt bleiben, und zwar unabhängig von der Zahl der Autos. Ihn wundere, dass die Antragsteller das Wissen, was der Handel wolle, für sich beanspruchten. Besonders deutlich werde am Stuttgarter Marktplatz, "wie lähmend ein Nicht-Verkehr von Autos oder von Verkehr überhaupt" in einer Stadt sei. An Tagen ohne Markt gleiche der Platz einem Friedhof. Mit Autos wäre dort "mehr Stimmung".

Für StR Conz (FDP) signalisieren Antrag und Stellungnahme die Vertreibung des Autos aus der Stadt. Man wolle den Verkehr auf den City-Ring konzentrieren, dessen Spuren durch Express-Busspuren reduziert würden, sodass sich der Verkehr noch stärker verdichte - bis hin zu immer mehr Staus. Der Verkehr fließe immer langsamer, und schließlich entsprächen die Flächen einem Shared Space. Infolge eines solchen Vorgehens gingen immer mehr Händler pleite. Gutachten zeigten, dass die Frequenz auf der Königstraße geringer geworden sei. Das sei die Folge der zunehmenden Staus. Die Menschen aus der Region zögen es deshalb vor, in den großen Einkaufszentren, z. B. Breuningerland, einzukaufen. Die Antragsteller wollten die Kosten erhöhen, um in die Innenstadt zu kommen, ob nun mit dem ÖPNV oder dem Auto. Damit werde das Einkaufen in der City für den Normalbürger unwirtschaftlich, und er weiche auf den Onlinehandel aus. In der Folge nehme in der Innenstadt der Luxusgüter Einzelhandel zu. Man könne Stuttgart auch nicht mit anderen europäischen Großstädten, die sich im Gegensatz zu Stuttgart in einer Insellage befänden, vergleichen. Stuttgart sei von mittleren und größeren Städten umgeben, in die man als Stuttgarter relativ schnell gelange.

BVin Kienzle (Mitte) unterstreicht, es gehe auch um die Aufenthaltsqualität und die Qualität der Innenstadt an sich. Natürlich habe sich der Handel verändert. Die Ladengeschäfte hätten vor Ort keine Lager mehr und nutzten ihre Fläche für den Verkauf, weshalb Lieferverkehr entstehe. Im Bezirksbeirat hätten mit einer Ausnahme alle Fraktionen für diesen Antrag gestimmt, mit dem man einen Perspektivwechsel vornehmen wolle. Es gehe nicht unbedingt darum, alle Punkte sofort umzusetzen, aber man könne z. B.

eine Bürgerbeteiligung für eine sinnvolle Entwicklung organisieren. Der Bezirksbeirat habe ein großes Interesse daran, dass der Einzelhandel funktioniere. Doch seien auf der Königstraße inzwischen fast ausschließlich Ketten vertreten, die vom Milaneo bis zum Gerber in zwei- oder dreifacher Ausführung in der Stadt zu finden seien. Warum sollte ein Kunde, der bereits im Milaneo eingekauft habe, die gleiche Kette nochmals auf der Königstraße besuchen? Es sei zu befürchten, dass Primark aus dem Milaneo ausziehe, wenn er seinen Standort in der Königstraße beziehe.

StR Dr. Schertlen verweist auf den Günzburger Online-Marktplatz, mit dem der lokale Einzelhandel gestärkt werde. Das würde auch Stuttgart guttun.

Für den Zielbeschluss wirbt StR Winter. In Gesprächen mit dem Handel habe sich dieser ursprünglich skeptisch in Bezug auf die Königstraße oder den autofreien Marktplatz in Bad Cannstatt geäußert und dies aber hinterher als belebendes Element erlebt. Auch in der europäischen Stadt gebe es autofreie Plätze, die von Gastronomie umsäumt seien. Dort werde gefeiert, gegessen, gelebt, aber auch eingekauft. Studien belegten, dass der Handel von schönen Flanierräumen profitiere. Im Übrigen finde beim Handel allmählich ein Umdenken dergestalt statt, dass man darüber nachdenke, nicht nur das Parken zu subventionieren, sondern auch das Ticket im ÖPNV. Mit dem Feinstaubticket habe der Handel einen richtigen Weg beschritten. An StR Conz wendet er sich mit dem Hinweis, hier habe sich gezeigt, wie viele Menschen mit dem ÖPNV in die Stadt kämen, die nicht bei den Nobelmarken, sondern in normalen oder billigen Läden einkauften.

Im Antrag gehe es darum, die bestehende Fußgängerzone aufzuweiten und vor allem den unnötigen Parksuchverkehr abzustellen. Hierfür seien technische Maßnahmen erforderlich, mit denen die Verwaltung beauftragt werden solle. Wichtig seien Gespräche mit allen Akteuren, dazu gehörten die Bürgerinnen und Bürger, der Handel und alle, die mit City-Logistik zu tun hätten. Der ÖPNV müsse noch massiver ausgebaut werden. Wenn man oberirdische Parkplätze reduziere, würden die Lagen besser, wie sich in der Tübinger Straße zeige. Das wirke sich auch finanziell aus, wie u. a. im Gutachterausschuss festgestellt worden sei.

StR Körner (SPD) erkennt zwei Strategien. Die CDU, FW, FDP und AfD wollten mehr "Echterdingen" für die Stuttgarter City, mehr Breuningerland, und sie glaubten, damit die Stuttgarter City in eine gute Zukunft zu führen. Die Antragsteller dagegen hielten die Strategie, möglichst viele Parkplätze in der Stuttgarter City vorzuhalten, für wenig überzeugend und sehr überholt. Im Innenstadtkonzept von 2006 sei auf Seite 123 ersichtlich, wie richtig die Strategie der Antragsteller sei. Als Beispiel nennt er den umgestalteten Bereich der Lautenschlagerstraße. Auch andere europäische Städte hätten diese Strategie bereits erfolgreich umgesetzt. Sie bewähre sich auch gerade im Wettbewerb mit den Städten in der Region und den Breuningerländern, denn den Wettbewerb um mehr Parkplätze werde die Stadt Stuttgart niemals gewinnen können. Deshalb müsse die Innenstadt mit Aufenthaltsqualität punkten.

Zum Vorgehen merkt er an, der Gemeinderat sollte nicht nur im Klein-Klein verhaftet bleiben, sondern auch politische Zielbeschlüsse fassen, die dann die Verwaltung im Einzelnen umsetzen müsse.

Für die Beantwortung des Antrags dankt auch StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) der Verwaltung. Gegenüber StR Kotz legt er dar, wenn diesem so an der Beteiligung der Bürgerschaft gelegen sei, hätte er dies bereits früher, nämlich im Zusammenhang mit

dem Luftreinhalteplan, zum Ausdruck bringen können. Und was den Handel anbelange, so trügen doch diejenigen, die sich seinerzeit für das Gerber und das Milaneo starkgemacht hätten, die Verantwortung dafür, dass der Handel in der Innenstadt zu kämpfen habe. Dieser stelle sich im Übrigen zum Teil auf die neue Situation ein. Zum Beispiel werbe Saturn in den Königsbau-Passagen mit der Lieferung der eingekauften Waren nach Hause. Er ist davon überzeugt, dass in den nächsten Jahren hier ein Umdenken stattfinden wird.

Gegenüber StR Körner betont StR Conz, die Innenstadt müsse, wenn sie Kunden aus der gesamten Region anziehen wolle, für ihre Geschäfte eine ausreichende Zahl an Parkplätzen vorhalten. Diese könnten auch in einer Tiefgarage bzw. einem Parkhaus sein. In anderen Städten funktioniere dies.

StR Kotz bestätigt die Verbesserung in der Lautenschlagerstraße. Doch habe man hier, wie auch in anderen Straßen, den Sachverhalt differenziert begutachtet und Einzelentscheidungen getroffen. Hingegen beschließe man mit dem Grundsatzbeschluss schon sehr konkrete Dinge, z. B. Schranken an bestimmten Stellen. Gegenüber StR Pantisano stellt er klar, bei der auf Antrag der CDU-Fraktion einberufenen Anhörung zum Luftreinhalteplan hätten u. a. Verbände - BUND, Klima- und Umweltbündnis Stuttgart, IG Metall - gesprochen, die nicht gerade als CDU-nah bekannt seien.

BVin Kienzle erinnert daran, dass der Handels- und Gewerbeverein im Bohnenviertel nicht auf die Mitglieder des Gemeinderats und den Bezirksbeirat zugekommen sei, um mehr Parkplätze oder Durchfahrtsmöglichkeiten zu erhalten, sondern um seinen Wunsch zu artikulieren, die Brennerstraße zu sperren und im oberen Bereich Parkplätze zu entfernen. Ebenso sei im Gerberviertel die Initiative gerade dabei, mit allen Fraktionen über das Entfernen von Stellplätzen im oberen Bereich zu sprechen, um diesen öffentlichen Raum kreativ zu gestalten. Auch das Dorotheenquartier sei komplett verkehrsberuhigt. Mit Blick auf den Stuttgarter Marktplatz betont sie, dieser sei nicht leer, sondern frei. Dies sei ein städtebauliches Element und in einer verdichteten Umgebung wichtig. Ihn zu durchschreiten, sei ein Erlebnis.

BM Pätzold kündigt an, wenn der Zielbeschluss gefasst werde, zu den Haushaltsplanberatungen die Planungen und Prüfungen der angesprochenen Themen sowie die Vorbereitung der Maßnahmen darzulegen. Nach dem Beschluss in den Haushaltsplanberatungen würden im weiteren Verfahren dann noch Umsetzungsbeschlüsse folgen.

Er stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik fasst den in Antrag Nr. 205/2017 dargelegten Zielbeschluss mit 9 Ja- und 8 Nein-Stimmen mehrheitlich.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

## Verteiler:

- I. Referat StU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)  
weg. GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-PR  
Rechnungsprüfungsamt  
OB/82
  3. S/OB  
Strategische Planung  
S/OB-Mobil
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
  5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  6. BVinnen Mitte, Nord, Ost  
BV Süd, West
  7. BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed,  
Mö, Mühl, Mün, Ob, P-B, Si,  
Sta, Un, Vai, Wa, Weil, Zu
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. AfD-Fraktion
  7. Gruppierung FDP
  8. Die STAdTISTEN